

Abschlusspräsentation des Projekts der

*"Praxisnahen Weiterbildung im Umwelt-,
Natur- u. Klimaschutz"*
des

Umweltbüros für Berlin-Brandenburg e.V.

Berlin, 25.01.2019

Landgrabbing



Was ist Landgrabbing

Eine amtliche deutsche Übersetzung für den Begriff fehlt bisher. Für die illegale Form existiert der deutsche Begriff Landraub. Man könnte sicher auch Begriffe wie Landnahme oder Landgrabscherei verwenden oder es mit „nach Land greifen“ übersetzen.

Unter Land Grabbing versteht man die teilweise illegitime oder illegale Aneignung von Land, oder gegen den Willen, bzw. die Interessen der lokalen Bevölkerung.

Im weitesten Sinne kann man Landgrabbing auch als eine Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mitteln verstehen.



Die Geschichte von Landgrabbing

Um auf die Wurzeln von Landgrabbing zurück zu kommen muss man wohl bis zu den kolonialen Eroberungszügen zurückgehen. Seit dem 16. Jahrhundert kam es im Zuge dieser Feldzüge immer wieder zu großen Landnahmen.



Die Kirche rechtfertigte ausdrücklich die Eroberung, Kolonisierung und die Ausbeutung von „Nicht-Christen“ und ihrem Land durch päpstliche Dekrete. Kolonialherren standen unter dem Schutz bzw. Befehl ihrer jeweiligen Regierungen.



Eine Rechtsauffassung, die in der US-Gerichtsbarkeit bis in die Gegenwart Entscheidungen zu indigenen Landnahmen prägt, ist die Doctrine of Discovery.

1823 legte das US-amerikanische Höchstgericht fest: Das Prinzip der Entdeckung schließt das absolute Recht auf das eroberte Land in der Neuen Welt ein. Die Aneignung indigener Territorien wurde demnach als legitim erachtet.

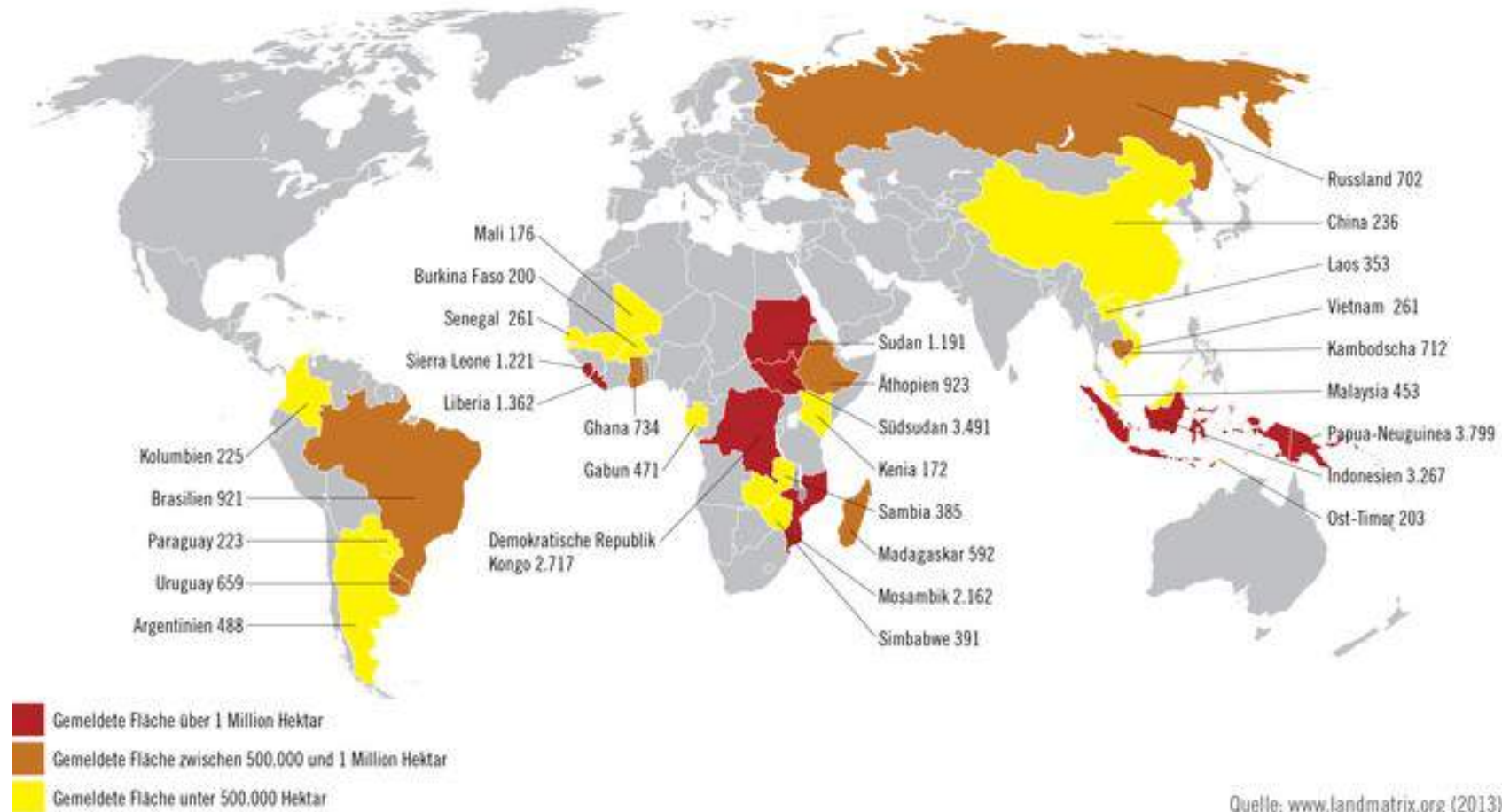
England, Frankreich, Holland und die Vereinigten Staaten bezeichneten in der Folge indigene Territorien als „Land ohne Eigentümer“ d.h. als Land ohne europäisch anerkannte Rechtstitel. Indigene hatten nur Nutzungsrechte auf das von ihnen bewohnte Land, die aber aufgehoben werden konnten.

Nicht nur in Amerika, sondern auch in Afrika und anderen Teilen der Welt haben fehlende oder nicht anerkannte Landurkunden bis heute gravierende Folgen für die lokale Bevölkerung.



Landgrabbing ist also kein neues Phänomen, aber sowohl das Ausmaß als auch die Geschwindigkeit der Landaneignungen sind in den letzten Jahren rasant angestiegen.

Großflächiger Landkauf und Pachtgeschäfte (in 1000 Hektar)



Die Zahlen und Fakten (soweit es verlässliche gibt) sind erschreckend. Zwar finden ca. 70% der Geschäfte in Afrika statt, aber auch in Europa ist ein regelrechter „Run“ auf Agrarflächen ausgebrochen.

Auf rund 39 Millionen Hektar haben die Investoren bereits angefangen, im großen Stil Agrarprodukte zu produzieren, die nur zum Teil als Lebensmittel genutzt werden. Bereits 2007 wurde auf fast 1,7 Millionen Hektar außerhalb der EU für europäischen Agrosprit-Bedarf produziert. Eine EU-Richtlinie und die damit zusammenhängenden deutschen Maßgaben garantieren Absatzmärkte für Jahrzehnte.

Kaum verlässliche Zahlen – Hohe Dunkelziffer



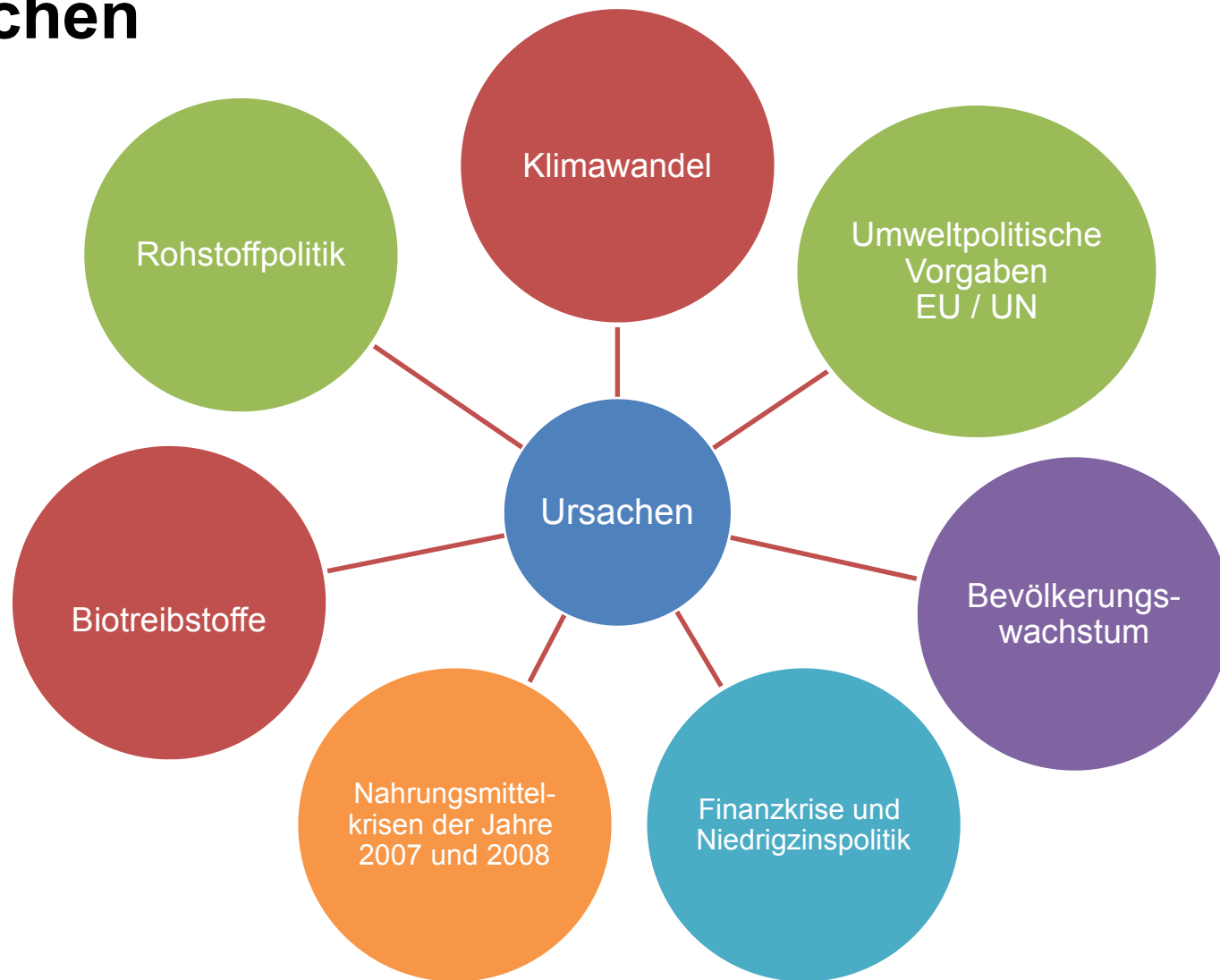
Das wissenschaftliche Institut IFPRI (International Food Policy Research Institute) gibt an, dass ausländische Investoren sich in den Entwicklungsländern bereits zwischen 15 und 19,8 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche gesichert haben oder kurz davor stehen, diese zu erwerben.

Die Organisation Oxfam geht von einer sehr hohen Dunkelziffer aus. Sie spricht gar von mehr als 200 Millionen Hektar Land, die in den vergangenen Jahren in Entwicklungsländern verkauft oder langfristig verpachtet worden sind. (Stand 2016)

Zum Vergleich:

Die landwirtschaftliche Nutzfläche aller 27 EU-Staaten zusammen beträgt rund 185 Millionen Hektar.

Die Ursachen



Einführung der Biotreibstoffe

Viele Länder sehen die verstärkte Nutzung von Agrotreibstoffen als eine Antwort auf den Klimawandel und die schwankenden Energiepreise.

Durch Beimischungsquoten und Anreize für Biosprit schaffen sie eine politisch motivierte Nachfrage, die über die Produktion auf eigener landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht gedeckt werden kann.

Ein Drittel aller weltweit getätigten großflächigen Pachtverträge soll auf Agrotreibstoffe zurückzuführen sein.

Durch Bundesgesetze und europäische Vorgaben sind Investitionen in Agrosprit quasi rechtlich garantierte Erfolgsrezepte.

Für Land Grabber ist der Absatz ihrer Beimischungsprodukte auf hohem Niveau gesichert. Das Biokraftstoffquotengesetz von 2007 sieht die zwölf- bis 15-prozentige Beimischung von nachwachsenden Bestandteilen zu fossilen Kraftstoffen bis 2020 vor.



Außer denen, die unmittelbar von einer Agrosprit-Politik profitieren, glauben nur noch wenige an ökologische oder gar soziale Vorzüge dieser Kraftstoffe. Das Gegenteil ist richtig: Die Profitmaximierung durch Agrosprit ist eine der vielen Formen der rücksichtslosen Ausbeutung von Ressourcen. Um ein Beispiel zu geben:

Für die Herstellung von einem einzigen Liter Agrosprit werden 2500 Liter Wasser benötigt.



Der Klimawandel

Der Klimawandel ist als ein weiterer Faktor zu sehen. Die Verknappung der Ressourcen Land und Trinkwasser verschärft Verteilungskonflikte und führte bereits zu bewaffneten Auseinandersetzungen (z.B. im Sudan und in Somalia).

Durch die Desertifikation gehen jährlich 120.000 Quadratkilometer an wertvollen Agrarflächen verloren.

Vor dem Hintergrund des Klimawandels in Kombination mit der wachsenden Weltbevölkerung, der Urbanisierung und der damit fortschreitenden Flächenversiegelung wird der landwirtschaftliche Boden

zu einem immer knapperen Gut und rückt somit stärker in das ökonomische Interesse ausländischer Privatkonzerne: Sie sichern sich durch Kauf- und Pachtverträge riesige Agrarflächen, die zur Profitmaximierung des globalen Nordens dienen.



Nahrungsmittelkrisen der Jahre 2007 und 2008



Durch die Lebensmittelkrise von 2008, die auf katastrophalen Missernten beruhte, verdreifachten sich am Weltmarkt die Lebensmittelpreise, und einige Exportländer hielten ihre Agrarprodukte zur Versorgung der eigenen Bevölkerung zurück.

In manchen Importländern führte dies zu Panikreaktionen. Im Zuge der ansteigenden Weltmarktpreise auf Agrarprodukte stiegen auch die Preise für Boden in den rasch wachsenden Schwellenländern und der industrialisierten Welt.

Zu diesen Staaten zählen China, Indien, Südkorea, Japan und Saudi Arabien. Die Bevölkerung dieser Staaten wächst stark an, während ihre nutzbare Ackerfläche konstant bleibt. Ein weiterer Grund für die Nahrungsmittelkrise ist die Ernte von Mais für die Produktion von Ethanol.

Finanzkrisen und Niedrigzinspolitik

Eine weitere Ursache der neuen Landnahme stellt die globale Finanzmarktkrise dar. Nach der Hypotheken- und Finanzkrise sind InvestorInnen nun auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten.

Das Geschäft mit Ackerland stellt für sie eine sichere Anlagemöglichkeit mit lukrativen Renditemöglichkeiten dar.

Hedgefonds und Banken investieren Geld in Landgeschäfte in der Hoffnung auf große Profite. Ackerland wird so zum Spekulationsobjekt.



Aus Deutschland nennen Entwicklungsorganisationen (z.B. Oxfam) den Versicherungskonzern Allianz mit seiner Firmentochter Allianz Global Investors und die Fondsgesellschaft DWS der Deutschen Bank als Beteiligte.

Bevölkerungswachstum

Schwellenländer brauchen Nahrungs- und Futtermittel. Staaten wie China, Saudi-Arabien oder Südkorea verfügen schon jetzt nicht mehr über ausreichend Land- und Wasserreserven, um ihre Bevölkerung zu ernähren.

Daher erwerben Konzerne aus diesen Ländern gezielt Land für den Anbau von Grundnahrungsmitteln zum Export in ihre Heimatländer.

In Lateinamerika werden außerdem riesige Flächen für den Futtermittelanbau von Konzernen beispielsweise aus China oder Brasilien gepachtet.



Rohstoffpolitik

Rohstoffpolitik war vor wenigen Jahren noch ein Nischenthema. Das hat sich mittlerweile grundlegend geändert: Die wichtigsten Industrieländer haben in den letzten Jahren Strategien verabschiedet, um sich den Zugang zu knapper werdenden Ressourcen zu sichern.

Doch gerade der Rohstoffsektor weist vielerorts eine verheerende Menschenrechts- und Umweltbilanz auf. Dabei profitieren die Menschen in den Förderregionen, die die Umwelt- und sozialen Folgen tragen, in der Regel nicht vom Rohstoffreichtum, der andererseits für die Unternehmen große Gewinne abwirft.



Umweltpolitische Vorgaben

Die Europäische Union etwa hat Ende 2008 im Rahmen der „Erneuerbare-Energien-Richtlinie“ festgelegt, dass bei den fossilen Kraftstoffen bis zum Jahr 2020 eine Beimischungsquote von zehn Prozent verpflichtend ist.



Würde die EU diese Quote durch Eigenproduktion erreichen wollen, müsste sie etwa 70 Prozent ihres gesamten Ackerlandes für den Anbau von Energiepflanzen nutzen.

Die Akteure



In den Prozess des Land Grabbing sind viele Akteure verwickelt.

Akteure

Staaten, Regierungen

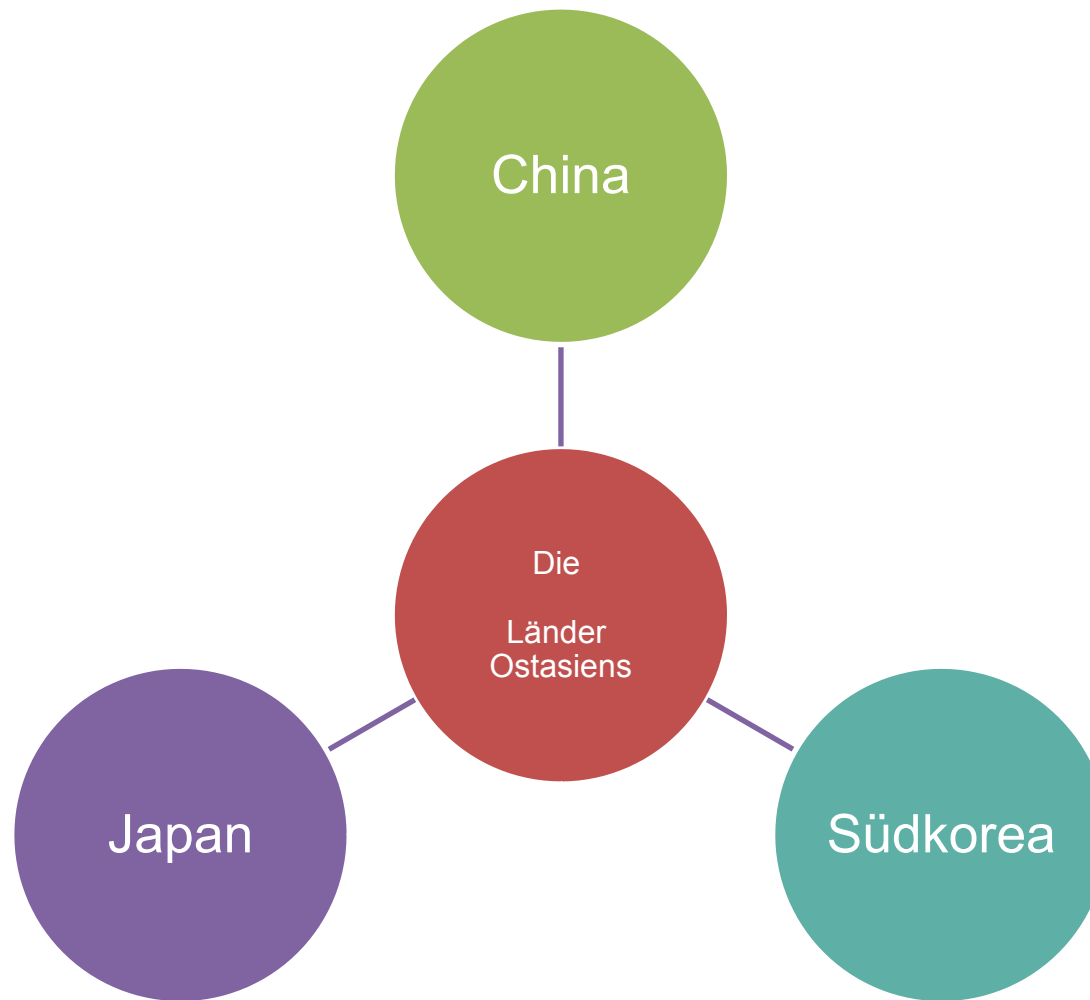
Unternehmen

Banken

Investmentfonds

Private Anlegerinnen

...werden zu aktiven und passiven Land Grabbern



Diese Länder verzeichnen ein hohes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum. Ihr Bedarf an Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen steigt. Mit der Produktion von Grundnahrungsmitteln in Drittländern für den eigenen Bedarf verfolgen sie das Ziel einer höheren Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Die zweite Gruppe sind die vom Nahrungsmittelimport abhängigen Golfstaaten. Sie verfügen über ein hohes Investitionskapital aus Ölgeschäften. Ihre Ackerland- und Wasserressourcen sind stark begrenzt. Auch diese Gruppe verfolgt mit der Landnahme eine höhere Unabhängigkeit vom Weltmarkt.

Die dritte Gruppe stellen die multinationalen Großkonzerne der Industriestaaten. Diese investieren hauptsächlich in Anbauflächen für Agrarrohstoffe. Europäische und nordamerikanische Agrarkonzerne sichern sich überwiegend Land zum Anbau von Pflanzen zur Energieproduktion (Mais, Zuckerrohr, Ölpflanzen).

Die Akteure lassen sich in staatliche, halbstaatliche und private Investorinnen unterteilen. Teilweise sind es Regierungen, welche die Pachtverträge aushandeln.

Staatliche und halbstaatliche Akteure beim Land Grabbing finden sich vor allem in den ostasiatischen Staaten sowie den Golfstaaten. Die Mehrzahl der Landkäufe wird von multinationalen privaten Großkonzernen abgewickelt. Neben den privaten Konzernen sichern sich auch zunehmend Investmentfonds, Banken und Hedgefonds Ackerland in armen Ländern.

Argumente pro Landgrabbing

Die Argumente der Land Grabber und Hoffnungen der Zielländer.

Die Verpachtung von Land an ausländische InvestorInnen in den betroffenen Ländern wird auf vielfältige Weise nach außen gerechtfertigt. Daran knüpfen sich auch viele Hoffnungen der Bevölkerungen in den betroffenen Ländern, dass sich die Situation hier nachhaltig verbessert.

Die meist genannten Argumente der InvestorInnen für Land Grabbing sind:

- Tötigung dringend notwendiger Investitionen in die Landwirtschaft
- Technologietransfer
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Verknüpfung mit der lokalen Wirtschaft und ein Aufschwung derselben
- Ausbau der Infrastruktur und, als Folge davon, ein allgemeiner Aufschwung der lokalen sowie nationalen Wirtschaft.

Leider treten diese erhofften Effekte in der Realität nur schwach oder gar nicht ein.

Folgen und Auswirkungen von Landgrabbing

Umsiedelung und
Vertreibung

Gefährdung der
Ernährungssicherheit

Anstieg der Migration

Ökologische Folgen

Gefährdung der Ernährungssicherheit

Die Pachtung von Land durch ausländische Konzerne wird die Ernährungssicherheit einiger Entwicklungsländer weiter destabilisieren. Das Land, welches an ausländische InvestorInnen verpachtet wurde, kann nicht mehr zur Nahrungsproduktion für lokale Gemeinschaften verwendet werden.

Die Erträge des von ausländischen Großkonzernen bewirtschafteten Landes dienen größtenteils dem Export.

Die Ernährungssicherheit ist in diesen Ländern damit gefährdet.



Umsiedlung und gewaltsame Vertreibung

Im Zuge von Land Grabbing kommt es immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen. Menschen werden von ihrem Land umgesiedelt, ohne dafür irgendeine Kompensation zu erhalten.

Wenn Kompensationszahlungen geleistet werden, dann sind sie oft zu gering oder erreichen die Betroffenen nicht vollständig. Oder die Menschen werden mit Gewalt von ihrem Land vertrieben, wenn sie gegen ihre Umsiedelung protestieren.



Anstieg der Migration

Landgrabbing verursacht Vertreibung und Landflucht. Da für viele Menschen die Haupteinnahmequelle die Landwirtschaft ist, wird ihre Existenz gefährdet. Ohne Land zum Nahrungsmittelanbau sind sie gezwungen, ihre Heimat zu verlassen.

Bis zum Jahr 2050 könnten bis zu 200 Millionen Menschen zu heimatlosen Klimaflüchtlingen werden.

Der Entzug jeglicher Lebensgrundlagen durch höhere Gewalt ist in Österreich seit September 2017 nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Wien anerkannter Asyl-Grund. Jedes Jahr fliehen fast doppelt so viele Menschen vor Umweltkatastrophen wie vor Krieg.

Die EU fördert zudem den Export hochsubventionierter Agrarprodukte nach Afrika, mit der Folge, dass dortige Märkte einbrechen.



Ökologische Folgen

Absehbar sind ökologische Schäden und Umweltzerstörungen, z.B. durch erhöhten Wasserverbrauch oder durch Rodung von Waldgebieten . Die Biodiversität könnte abnehmen, Tier- und Pflanzenarten aussterben.

Die typische Bewirtschaftung der agroindustriellen Großplantagen durch ausgedehnte Monokulturen mit intensivem Pestizid- und Mineraldüngereinsatz bis hin zum Einsatz genetisch veränderten Saatguts birgt ein hohes Risiko negativer Auswirkungen auf Umwelt und lokale Bevölkerung.

Ein Drittel der Landgeschäfte wirken sich negativ auf Naturwälder aus und richten somit erhebliche Umweltschäden an.



Für die Monokulturen wird der Wald abgeholzt, somit CO² freigesetzt und die Artenvielfalt zerstört. Für die Investoren lohnt es sich allerdings doppelt. Sie verdienen erst mit dem Verkauf des Holzes und später mit dem Anbau von Ölpalmen, Soja oder Zuckerrohr.

Die Monokulturen der industriellen Landwirtschaft schaden Mensch und Umwelt. Der einseitige Anbau und die wenigen Fruchtfolgen verändern das ökologische Gleichgewicht der Böden. Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel vergiften langfristig die Böden, das Grundwasser, die Naturpflanzen in der Umgebung und die ansässige Bevölkerung.

Negativ in der industriellen Landwirtschaft ist auch die zunehmende Ausbreitung der Gentechnologie.

Ein weiterer Aspekt, sind die negativen Auswirkungen auf die regionalen Wasserressourcen. Die industrielle Landwirtschaft ist für 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs verantwortlich. Um den Ertrag der Monokulturen zu garantieren, müssen die Plantagen in großem Stil künstlich bewässert werden.

Recht auf Nahrung

Menschenrechtsverletzung durch Landgrabbing

Land Grabbing verletzt das Menschenrecht auf angemessene Ernährung. Dieses ist Teil des geltenden Völkerrechts und im Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ("Sozialpakt") von 1966 niedergelegt. Das Menschenrecht auf Nahrung verpflichtet die nationalen Regierungen die Ernährung ihrer BürgerInnen zu gewährleisten und zu sichern. Der Bevölkerung muss es möglich sein, sich durch eigene Produktion, durch Einkommen oder durch fremde Hilfe angemessen zu ernähren. Die Regierungen sind verpflichtet dieses Recht gegenüber einschränkenden Interventionen Dritter zu schützen.

Weltweit können genügend Nahrungsmittel produziert werden, um alle Menschen angemessen zu ernähren. Das Problem liegt in der unzureichenden Verteilung von Nahrung. Hunger ist ein politisches Problem, das an seinen sozialen, politischen und ökonomischen Ursachen bekämpft werden muss. Das Recht auf Nahrung muss einklagbar sein. Menschenrechte müssen Vorrang vor Handelsrechten oder Investitionsabkommen haben.



Welche Maßnahmen müssten gegen Landraub ergriffen werden?

Die staatliche Förderung von sogenannten "Biotreibstoffen" muss eingestellt werden. Bereits im Oktober 2011 warnten in einem offenen Schreiben 168 Wissenschaftler die EU: „Biosprit ist aus wissenschaftlicher Sicht ganz klar nicht klimaneutral“.

Um Hunger, Armut und Umweltzerstörung einzudämmen, muss die einseitige globale Förderung der industriellen Landwirtschaft beendet werden. 70 Prozent der Weltbevölkerung werden von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft ernährt. Daher braucht es lokale und nicht globale Strategien zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion.

Des Weiteren müssen die Rechte der Kleinbauern und indigenen Gruppen gestärkt werden. Nicht nur auf dem Papier, sondern durch konkrete Maßnahmen. Die absolute Anerkennung von traditionellen Landrechten, die Vergabe von Landtiteln sowie das verbindliche Mitspracherecht der lokalen Bevölkerung

Was kann ich gegen Landraub unternehmen?

Jeder kann gegen Landraub aktiv werden.

- Vermeiden Sie Geldanlagen in Agrar- oder Rohstofffonds.
- Unterstützen Sie Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen bei deren Arbeit. Sie können sich an Petitionen beteiligen oder die Arbeit mit einer Spende fördern.
- Klären Sie in Ihrer persönlichen Umgebung über das Phänomen Landraub auf.
- Kaufen Sie Nahrungsmittel aus regionalem Anbau.
- Achten Sie beim Einkauf auf die Herkunft der Produkte und ob diese ein Öko- oder Bio Label haben.
- Essen Sie weniger Fleisch.